

Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 73 832

Fax: (030) 227 – 76 920

bettina.hagedorn@bundestag.de

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 73 447

Fax: (030) 227 – 76 318

ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 12.11.04

Positive Signale aus Berlin trotz knapper Kassen

Zu den abschließenden Haushaltsberatungen 2005 im Haushaltsausschuss des Bundestages erklären die schleswig-holsteinische Haushälterin im Bundestag Bettina Hagedorn (SPD) und der Landesgruppensprecher der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Ernst Dieter Rossmann:

Trotz schwierigster Haushaltsberatungen ist es gelungen, die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA-Mittel) auch in den folgenden Jahren für die westlichen Bundesländer weiter im vollen Umfang zur Verfügung zu stellen. Nach der mittelfristigen Finanzplanung sollen die Mittel bis 2008 für ganz Deutschland stabil bei knapp 700 Mio. Euro gehalten werden. Für die Haushaltsjahre 2006 bis 2008 sind insgesamt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von ca. 690 Mio. Euro ausgesprochen worden, von denen 1/7 die strukturschwachen Regionen der westlichen Bundesländer in Anspruch nehmen können. Knapp 100 Mio. Euro können damit dort für die nächsten Jahre fest verplant werden. Für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen sind

diese Zuschüsse häufig zusammen mit EU-Zuschüssen von ungeheurem Wert. Öffentliche Investitionen, die in der Region zur Verbesserung der Auftragslage für Wirtschaft und Handwerk und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen, können so weiterhin in großem Umfang getätigt werden.

Auf Antrag der SPD hat der Haushaltsausschuss gegen die Stimmen von CDU und FDP zudem beschlossen, dass Ausgabereste – also zurückfließende Zuschussmittel aufgrund von nicht fristgerecht vollzogenen Investitionsvorhaben – ohne jede Einschränkung dem "Zuschusstopp" erneut zufließen und diesen damit für das Folgejahr verstärken. Damit können Rückflüsse flexibel in neue Projekte gesteckt werden und so öffentliche Aufträge in strukturschwachen Regionen zusätzlich möglich machen. Nach den erfolgreichen Anstrengungen im letzten Jahr gegen die geplante Streichung der GA-Mittel für die westlichen Bundesländer, freuen wir uns über diesen erneuten Erfolg in den Haushaltsberatungen 2005 besonders.

Positive Änderungen gibt es auch bei den Wettbewerbshilfen für deutsche Schiffswerften: Das Verhältnis der Kofinanzierung zwischen Bund und Ländern von bisher 1/3 zu 2/3 wird nun zugunsten der Länderhaushalte auf eine hälftige Finanzierung von Bund und Ländern verändert. Der entsprechende Antrag von Rot-Grün wurde von der FDP unterstützt und gegen die CDU durchgesetzt. Der Inhalt dieses Antrages ist mit der Spitze der Schiffbau-Wirtschaft abgestimmt und wird insbesondere deshalb positiv bewertet, weil bei aktuell positiver Auftragslage damit Aufträge auch über 2005 hinaus sichergestellt werden können. Die Förderung der Schiffswerften durch Wettbewerbshilfen zum Ausgleich von koreanischen Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt läuft zwar zum 31.3.2005 aus, bewirkt aber bei rechtzeitiger Antragsstellung noch eine Förderung bis 2008.